**Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister**

Federführender Fachbereich Jugend- und Soziales	Drucksachen-Nr. 336/2008
Mitteilungsvorlage	☒ Öffentlich
	☐ Nicht öffentlich
für die Sitzung des ▼	Sitzungsdatum
Jugendhilfeausschusses	10.06.2008

Tagesordnungspunkt

Bundesprogramm zum Ausbau der Betreuung unter Dreijähriger

Inhalt der Mitteilung:

@->

1. Einführung des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz für ein- und zweijährige Kinder und rechtliche Regelungen zum Investitionsprogramm

Der Landtag hat am 25.10.2007 das Kinderbildungsgesetz (KiBiz) verabschiedet, das das Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder (GTK) zum 01.08.2008 ablöst. Zusammen mit der Verabschiedung des KiBiz hat der Landtag angekündigt, für zweijährige Kinder den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab 2010 einzuführen. In der Entschließung heißt es: „Der Landtag fordert die Landesregierung auf ... den Ausbau von Plätzen für unter dreijährige Kinder auf der Grundlage eines mit den Trägern abgestimmten Konzepts und der Verwaltungsvereinbarung voranzutreiben und so sicherzustellen, dass im Laufe des Kindergartenjahres 2010/11 allen Eltern, die dies wünschen, mit Vollendung des zweiten Lebensjahres ihres Kindes ein Betreuungsplatz zur Verfügung gestellt wird. Ein entsprechender Rechtsanspruch ist in einer Vereinbarung mit den kommunalen Spitzenverbänden zu gewährleisten“.

2013 soll dann der Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz für Kinder ab Vollendung des ersten Lebensjahres gelten; zu diesem Zweck haben Bund und Länder am 28.08.2007 vereinbart, das Betreuungsangebot für Kinder unter drei Jahren so auszubauen, dass ab 2013 der Rechtsanspruch für Kinder ab einem Jahr gelten kann: „Deutschland verfügt über ein gutes Angebot an Kinderbetreuung für die 3-6jährigen Kinder, der Rechtsanspruch auf Betreuung für Kinder dieser Altersgruppe kann überall realisiert werden. Für die unter dreijährigen Kinder, deren Eltern nach dem Elterngeldbezug ein Betreuungsangebot suchen, sollen bis 2013 ebenfalls ausreichend Plätze in Einrichtungen und in der Tagespflege geschaffen werden. ... Gemeinsame Zielvereinbarung: Bedarfsge rechter Ausbau der Betreuungsangebote für unter Dreijährige bis 2013: insgesamt bundesweit für

35 % der unter Dreijährigen, d.h. ca. 750.000 Plätze.“ Der Bund unterstützt die Länder bei der Umsetzung der Zielvereinbarung durch die Bereitstellung von Investitionsmitteln.

Auf der Grundlage der Bund-Länder-Vereinbarung vom 28.08.2007 hat der Bundestag am 25.10.2007 das Kinderbetreuungsfinanzierungsgesetz (KBFG) beschlossen (Bundestagsdrucksache 16/6596), dem der Bundesrat am 30.11.2007 zugestimmt hat (Bundesratsdrucksache 750/07); am 01.01.2008 ist das Gesetz in Kraft getreten. Durch dieses Gesetz wird ein Sondervermögen von 2,15 Mrd. € bereitgestellt (davon für Nordrhein-Westfalen 481,5 Mio. €), um die Kommunen bei der Erfüllung des Rechtsanspruchs auf einen Krippenplatz zu unterstützen. Die Bundesmittel dienen der Förderung der Bau- und Einrichtungskosten für neue Krippenplätze.

Die am 28.08.2007 im Entwurf vorgelegte Verwaltungsvereinbarung zum Investitionsprogramm, die den Rahmen absteckt für die Verwendung des Sondervermögens und erst die rechtliche Grundlage bildet, damit die Bundesmittel an die Länder und damit an die Kommunen fließen können, wurde am 16.10.2007 von Nordrhein-Westfalen und am 18.10.2007 vom letzten Bundesland unterzeichnet; die Bundesregierung hat die Vereinbarung am 02.11.2007 unterzeichnet.

Auf der Grundlage der Verwaltungsvereinbarung hat das Land am 9. Mai 2008 seine Richtlinien über die Bereitstellung von Mitteln aus dem Investitionsprogramm vorgelegt (siehe Anlage).

2. Investitionsvolumen in Bund und Land

Insgesamt ist für Nordrhein-Westfalen von einem Investitionsvolumen von ca. 1 Mrd. € auszugehen. Darin enthalten sind Bundes- und Landesmittel in Höhe von 895.844.045 €:

	Bundesmittel 53,75 %	Landesmittel 46,25 %	Insgesamt 100,00 %
Alle Bundesländer	2.150.000.000 €	1.850.000.000 €	4.000.000.000 €
Nordrhein-Westfalen	481.516.174 €	414.327.871 €	895.844.045 €

Da die Bundes- und Landesmittel max. 90 % der förderungsfähigen Investitionskosten ausmachen, ergibt sich für Nordrhein-Westfalen ein Gesamtvolumen von ca. 1. Mrd. €.

Bei Umlage der 1 Mrd. € entsprechend der Einwohnerzahl von NRW (ca. 18.000.000 EW) auf Bergisch Gladbach (ca. 112.000 EW) würden für Bergisch Gladbach ca. 6,2 Mio. € entfallen. Da der Ausbau an Krippenplätzen in Bergisch Gladbach aber im Landesvergleich recht fortgeschritten ist, ist mit einem geringeren Investitionsvolumen zu rechnen.

3. Investitionsvolumen in Bergisch Gladbach – Erste Schätzung

Für eine erste Schätzung des gesamten Investitionsvolumens in Bergisch Gladbach geht die Verwaltung des Jugendamtes von 59 Kindertagesstätten aus, in denen geschätzt im Durchschnitt Investitionen in Höhe von je 55.000 € getätigt und gefördert werden, sowie von 110 Plätzen in Kindertagespflege mit einem Investitionsvolumen von insgesamt 55.000 € (für Kindertagesstätten und Kindertagespflege $60 \times 55.000 \text{ €} = 3.300.000 \text{ €}$). Bei einer Laufzeit des Investitionsprogramms von sechs Jahren ergibt sich bei einer gleichmäßigen Verteilung folgender Mittelbedarf:

	Bund / Land	Stadt (netto)	Insgesamt (Stadt brutto)
2008	495.000 €	55.000 €	550.000 €
2009	495.000 €	55.000 €	550.000 €
2010	495.000 €	55.000 €	550.000 €
2011	495.000 €	55.000 €	550.000 €
2012	495.000 €	55.000 €	550.000 €
2013	495.000 €	55.000 €	550.000 €
2008 - 2013	2.970.000 €	330.000 €	3.300.000 €

Für den Haushalt 2008 und in der mittelfristigen Finanzplanung für die Folgejahre sind jährlich jeweils 100.000 € an städtischen Mitteln veranschlagt. Davon werden nach dieser ersten Schätzung jährlich 55.000 € für das Krippen-Investitionsprogramm benötigt. Die jeweils verbleibenden 45.000 € sind für Investitionen zur Substanzerhaltung der Kindertagesstätten vorgesehen.

Im städtischen Haushalt sind bisher lediglich die 100.000 € ausgewiesen. Dieser Betrag muss um die zu erwartenden Bundes- und Landesmittel erhöht und in einer Einnahmeposition der gleiche Betrag ausgewiesen werden.

4. Fördersätze und Investitionsvolumen bei verschiedenen Maßnahmen

Gemäß Landesrichtlinien gelten folgende Fördersätze je Platz in Kindertagesstätten (Anteilsfinanzierung gemäß 4.4.1 der Richtlinien), wovon 90 % aus Bundes- und Landesmitteln stammen und ein Fördersatz je Platz in Kindertagespflege (Festbetragsfinanzierung gemäß 4.4.2 der Richtlinien):

	Bund / Land (90 %)	Stadt (10 %)	Insgesamt (100 %)
Kindertagesstätte (4.4.1.1): Neubau incl. Ausstattung	18.000 €	2.000 €	20.000 €
Kindertagesstätte (4.4.1.2): Aus- und Umbau	7.650 €	850 €	8.500 €
Kindertagesstätte (4.4.1.3): Ausstattung	3.150 €	350 €	3.500 €
Kindertagespflege (4.4.2): Ausstattung	500 €	0 €	500€

Aus den Pro-Platz-Fördersätzen ergeben sich je nach Zahl der Plätze für Kinder unter drei Jahren unterschiedlich hohe Investitionsvolumina, wie aus folgenden Beispielen ersichtlich wird:

Beispiel 1: Erweiterung um eine Gruppe mit 10 Krippenplätzen

Anerkennungsfähige Ausgaben für 1 Platz	20.000 €
Anerkennungsfähige Ausgaben für 10 Plätze	200.000 €

Beispiel 2: Aus- und Umbau zur Schaffung von 10 Krippenplätzen

Anerkennungsfähige Ausgaben für 1 Platz	(8.500 € + 3.500 €)	12.000 €
Anerkennungsfähige Ausgaben für 10 Plätze		120.000 €

Beispiel 3: Aus- und Umbau zur Schaffung von 15 Krippenplätzen

Anerkennungsfähige Ausgaben für 1 Platz	(8.500 € + 3.500 €)	12.000 €
Anerkennungsfähige Ausgaben für 15 Plätze		180.000 €

Beispiel 4: Ausstattung von 10 Krippenplätzen

Anerkennungsfähige Ausgaben für 1 Platz	3.500 €
Anerkennungsfähige Ausgaben für 10 Plätze	35.000 €

Beispiel 5: Ausstattung von 15 Krippenplätzen

Anerkennungsfähige Ausgaben für 1 Platz	3.500 €
Anerkennungsfähige Ausgaben für 15 Plätze	53.500 €

Beispiel 6: Ausstattung von 5 Plätzen in Kindertagespflege

Anerkennungsfähige Ausgaben für 1 Platz	500 €
Anerkennungsfähige Ausgaben für 5 Plätze	2.500 €

Grundlage bildet einerseits der Kindertagesstätten- und Schulentwicklungsplan mit seiner durch JHA-Beschluss vom 12.02.2008 im Zusammenhang mit den Erfordernissen von KiBiz beschlossenen Erweiterungen. Andererseits ist allerdings auch zu bedenken, dass im Kindertagesstätten- und Schulentwicklungsplan bis 2015 noch 121 Plätze für die Versorgung der unter Dreijährigen fehlen und nach den zwischenzeitlichen Vorgaben von Bund und Land die Versorgungsquoten für die unter Dreijährigen nicht erst 2015, sondern bereits 2010/2011 bzw. 2013 erfüllt sein sollen. Zudem kann die Umwandlung von Kindergartenplätzen zu Plätzen für unter Dreijährige nur in dem Umfange erfolgen, wie Kindergartenplätze für Kinder zwischen drei Jahren und dem Beginn der Schulpflicht frei werden.

Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen für Investitionen und Ausstattungen in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege zum Ausbau von Plätzen für Kinder unter drei Jahren

Runderlass des Ministeriums für Generationen, Familie, Frauen und Integration vom 9. Mai 2008

– 321 - 6252.2 –

Präambel

Am 18. Oktober 2007 haben Bund und Länder die Verwaltungsvereinbarung Investitionsprogramm "Kinderbetreuungsfinanzierung 2008 - 2013" unterzeichnet. Grundlage dieser Vereinbarung ist die Verständigung zwischen Bund, Ländern und Kommunen, die Kindertagesbetreuung (Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege), ausgerichtet an einem bundesweit durchschnittlichen Bedarf für 35 % der Kinder unter drei Jahren bis 2013 auszubauen. Für Nordrhein-Westfalen bedeutet dies im Jahr 2013 rund 144.000 Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren. Mit dem Kinderbildungsgesetz (KiBiz) hat die Landesregierung die Voraussetzungen für den Ausbau von Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren geschaffen.

1. Zuwendungszweck, Rechtsgrundlage

Das Land gewährt nach Maßgabe dieser Richtlinien und der Verwaltungsvorschriften zu § 44 LHO Zuwendungen im Rahmen des Investitionsprogramms „Kinderbetreuungsfinanzierung“ des Bundes und des Ausbauprogramms U3 des Landes Nordrhein-Westfalen für Investitionen zum Auf- und Ausbau von zusätzlichen Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren in Kindertageseinrichtungen und in Kindertagespflege. Ein Anspruch der Antragstellerin oder des Antragstellers auf Gewährung der Zuwendung besteht nicht, vielmehr entscheidet die Bewilligungsbehörde aufgrund ihres pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

2. Gegenstand der Förderung

Gefördert werden Investitionsmaßnahmen in Kindertageseinrichtungen oder in der Kindertagespflege, die im Zeitraum zwischen dem 18. Oktober 2007 und dem 31. Dezember 2013 durchgeführt und abgeschlossen werden und die der Schaffung neuer Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren dienen.

2.1 Kindertageseinrichtungen

Es können nur Kindertageseinrichtungen berücksichtigt werden, die nach dem Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder, nach dem Kinderbildungsgesetz gefördert werden können oder in privat-gewerblicher Trägerschaft geführt werden.

2.1.1 Gefördert werden die Ausgaben für Neu-, Aus- und Umbaumaßnahmen incl. Ersteinrichtung (ohne Grundstücks- und Erschließungsausgaben) von geeigneten Räumen aller Arten, die der Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern unter drei Jahren (z.B. Gruppenraum, Gruppennebenraum, Mehrzweckraum, Wickelraum, Ruheraum, Liegeraum, Gymnastikraum, Werkraum, Personalraum, Sanitärbereich, Versorgungsküchenbereich, Speiseraum, Abstellräume/-flächen für Kinderwagen) dienen, sowie die Herrichtung und Ausstattung des Grundstücks.

2.1.2 Gefördert werden können auch Ausstattungsmaßnahmen von geeigneten Räumen sowie für die Herrichtung und Ausstattung des Grundstücks (z.B. Umbau und/oder Umgestaltung des Außen Geländes für Lehr-, Lern-, Spiel-, Sport- und Aufenthaltszwecke, Spielzeug).

2.2 Kindertagespflege

Es kann nur die Kindertagespflege durch diejenigen Tagesmütter oder -väter berücksichtigt werden, die durch den örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe, einen von ihm Beauftragten oder, soweit die fachlichen Voraussetzungen entsprechend den Vorschriften des SGB VIII gegeben sind, auch durch einen sonstigen, z.B. privat-gewerblichen, Träger vermittelt werden oder worden sind.

2.2.1 Gefördert werden investive Maßnahmen in der Wohnung der Tagesmutter oder des Tagesvaters oder der Erziehungsberechtigten, die der Herrichtung der Räume für die Wahrnehmung des Auftrags nach § 23 SGB VIII dienen. Gefördert wird auch die Ausstattung der Räume mit Lehr-, Lern- und Sportmitteln sowie mit Spielzeug.

2.2.2 Gefördert werden investive Maßnahmen in anderen geeigneten Räumen gemäß § 22 Abs. 1 Satz 4 SGB VIII in Verbindung mit meinem Erlass vom 29. Juni 2005 - Az.: 311 - 6002 wie Ausgaben zu investiven Maßnahmen nach Nr. 2.1.

3. Zuwendungsempfänger

Zuwendungsempfänger sind Gemeinden und Gemeindeverbände als Träger der öffentlichen Jugendhilfe (Jugendämter).

4. Art, Umfang und Höhe der Zuwendung

4.1 Zuwendungsart

Projektförderung

4.2 Finanzierungsart

4.2.1 Anteilfinanzierung für Maßnahmen nach Nr. 2.1 und 2.2.2

4.2.2 Festbetragsfinanzierung für Maßnahmen nach Nr. 2.2.1

4.3 Form der Zuwendung

Zuweisung

4.4 Bemessungsgrundlagen

4.4.1 Fördersatz für die Anteilsfinanzierung: Der Fördersatz beträgt bei Maßnahmen nach Nr. 2.1 bis 90 % der nach den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit anerkannten Ausgaben; die zuwendungsfähigen Ausgaben sind auf folgende Höchstbeträge pro Platz begrenzt:

4.4.1.1 Bei Neubaumaßnahmen incl. Ersteinrichtung sowie der Herrichtung und Ausstattung des Grundstücks nach Nr. 2.1.1: 20.000 Euro,

4.4.1.2 bei Aus- und Umbaumaßnahmen sowie der Herrichtung und Ausstattung des Grundstücks nach Nr. 2.1.1: 8.500 Euro,

4.4.1.3 bei Ausstattungsmaßnahmen von geeigneten Räumen sowie Herrichtung und Ausstattung des Grundstücks nach Nr. 2.1.2: 3.500 Euro.

4.4.2 Fördersatz für die Festbetragsfinanzierung: Die Pauschale für Maßnahmen nach Nr. 2.2.1 beträgt einmalig pro Kindertagespflegestelle 500 Euro pro Kind (Höchstbetrag 2.500 Euro). Insofern gilt die Bagatellgrenze der Nr. 1.1. VVG zu § 44 nicht.

4.5 Eigenanteil

Elternbeiträge als Ersatz des Eigenanteils des Zuwendungsempfängers sind nicht zulässig.

5. Sonstige Zuwendungsbestimmungen

5.1 Neubauten und hergerichtete Grundstücke nach Nr. 4.4.1.1 müssen zwanzig Jahre, hergerichtete Grundstücke und Räume nach Nrn. 4.4.1.2 und 4.4.1.3 fünf Jahre für Zwecke der Betreuung von Kindern unter drei Jahren und im Falle des Wegfalls des Bedarfs hierfür der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe genutzt werden.

5.2 Die Zuwendungsempfänger sind durch eine Auflage im Zuwendungsbescheid zu verpflichten, die Einrichtung der geförderten Plätze zu bestätigen. Die Bestätigungen sind dem überörtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe (Landesjugendamt) zum 30. Juni eines jeden Jahres – erstmals am 30. Juni 2009 – vorzulegen. Sie müssen Angaben über die Anzahl der jeweils bis zum 31. Dezember des Vorjahres neu eingerichteten und gesicherten Betreuungsplätze in Tageseinrichtungen sowie in der Kindertagespflege enthalten. Dabei ist zu unterscheiden nach solchen Plätzen, die mit Bundesmitteln und solchen, die ohne Bundesfinanzierung eingerichtet worden sind. Die Landesjugendämter berichten dem zuständigen Ministerium entsprechend zum 31. Juli eines jeden Jahres, erstmals am 31. Juli 2009.

5.3 Aus der Bewilligung investiver Mittel nach dieser Richtlinie entsteht kein Anspruch auf Förderung von Folgekosten, insbesondere Betriebskosten.

6. Verfahren

6.1 Bewilligungsbehörde

Bewilligungsbehörden sind die Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen-Lippe als Landesjugendämter.

6.2 Antragsverfahren

6.2.1 Das Jugendamt beantragt für die Maßnahmen nach Nr. 2.1 der freien, kommunalen und privat-gewerblichen Träger der Jugendhilfe und für Maßnahmen nach Nr. 2.2 der Tagesmütter und -väter seines Bezirks sowie für eigene Vorhaben die Fördermittel nach dieser Richtlinie bei der Bewilligungsbehörde.

6.2.2 Anträge für die Jahre 2008 und 2009 sind den Landesjugendämtern bis 29. August 2008 vorzulegen. Für die Jahre 2010 bis 2013 sind die Anträge jeweils bis 30. Juni des vorhergehenden Kalenderjahres (z.B. für das Jahr 2010 bis 30. Juni 2009) den Landesjugendämtern vorzulegen. Diese leiten für das Jahr 2008 bis 30. September 2008, für die nachfolgenden Jahre bis 31. Juli des Kalenderjahres eine Aufstellung der förderfähigen Investitionsvorhaben der obersten Landesjugendbehörde zu.

6.2.3 Einzureichende Antragsunterlagen

6.2.3.1 Mit dem Antrag sind nachfolgende Unterlagen vorzulegen.

6.2.3.2 Ergänzende Unterlagen:

- a) Beschreibung und Konzeption des Vorhabens
- b) Planungsunterlagen, Grundrisspläne, Grundbuchauszug
- c) Kosten- und Finanzierungsplan
- d) Organisatorische Konzeption der Einrichtung bei Kindertagespflege
- e) Bedarfsanerkennung des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe
- f) Übersicht über die Zahl der geplanten Plätze im Sinne der Nr. 2
- g) Erlaubnis gemäß § 45 oder § 43 SGB VIII

6.3 Die Zuwendungsempfänger leiten die Zuwendung zur Erfüllung des Zuwendungszwecks ggf. an die Träger der unter Nr. 2.1 genannten Einrichtungen bzw. Tagesmütter und -väter unter Berücksichtigung von Nr. 12 VVG zu § 44 LHO weiter. In den Zuwendungsbescheid ist als Auflage eine dingliche Sicherung, mindestens nach den Vorgaben der Nummer 5.1, aufzunehmen.

7. Verwendungsnachweisverfahren

Der Verwendungsnachweis ist gemäß Anlage A zu erbringen.

8. In-Kraft-Treten, Außer-Kraft-Treten

8.1 Diese Richtlinien treten mit sofortiger Wirkung in Kraft und gelten bis zum 31. Dezember 2013. Abrechnungen für Maßnahmen nach dieser Richtlinie sind bis zum 30. Juni 2014 möglich.

8.2 Die Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zu den Bau- und Einrichtungskosten von Tageseinrichtungen für Kinder, Runderlass des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales vom 10. April 1992 – IV A2 – 6001.8, treten mit sofortiger Wirkung außer Kraft.

<-@